Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 1 (1921-1922)
Heft: 4

Artikel: Betrachtungen zur Wirtschaftskrise
Autor: Grimm, Robert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328160

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

auch nicht den Anspruch erheben, mehr zu geben als einen bescheidenen Ausschnitt aus dem Leben, der zudem, aus allen Zusammenhängen herausgenommen, nicht als Entwicklung, sondern nur als zeitlicher Ablauf einer Reihe von Ereignissen begriffen werden kann.

Von der allgemeinen Beobachtung, daß in bürgerlichen Geschichtswerken die sozialistische Bewegung weder nach ihrem Verlaufe noch nach ihren Ursachen und ihrer Wesensart eine zutreffende Darstellung erfährt, macht auch Fueter keine Ausnahme. Ein Unterschied besteht höchstens insofern, als man bei ihm den Mangel besonders stark empfindet. Wenn er davon überzeugt ist, daß die Auseinandersetzung mit den sozialistischen Forderungen die innere Politik der europäischen Staaten im letzten halben Jahrhundert beherrscht hat, so durfte er sich nicht mit den flüchtigen Bemerkungen über die sozialistische Bewegung begnügen, die nirgends eine genauere Kenntnis mit ihr verraten. Er spricht vom Inhalt des Kommunistischen Manifestes, das er „nur im rohesten Umrisse" wiedergeben könne. Aber gerade seinen Grundgedanken, auf dem sich die Theorie des modernen Sozialismus aufbaut, trifft er nicht. Dafür spricht er — in Anführungszeichen — von der „großen reaktionären Masse" und meint, er zitiere eine Stelle des Manifestes. Davon abgesehen, daß in dem Schlagwort nicht von der großen, sondern von der einen reaktionären Masse die Rede ist, sucht man es vergebens im Kommunistischen Manifest. Es gehörte dem Wortschatz der Lassalleaner an und bei der Beratung des Einigungsprogramms am Gothaerkongreß waren es gerade die Sozialdemokraten, die unter Berufung auf Marx sich der Aufnahme dieses Schlagwortes in das Programm, allerdings erfolglos, widersetzten. Der Irrtum, der Herrn Fueter unterlaufen ist, ist sachlich nicht von großer Bedeutung und seine Erwähnung würde sich nicht lohnen, wenn er nicht als Beweis dafür diente, daß, wie die Unbefangenheit, so auch die Gründlichkeit bürgerlicher Historiker leicht versagt, sobald sie sich der proletarischen Arbeiterbewegung zuwenden.

Aber immerhin: wollen wir die Entwicklung der Geschichtswissenschaft in den letzten 20 Jahren mit einem Worte charakterisieren, so lautet es: Annäherung an die materialistische Geschichtsauffassung.

Betrachtungen zur Wirtschaftskrise.

Von Robert Grimm.

Wie schleichendes Gift durchdringt die Krise den ganzen Wirtschaftskörper. Die Not der Arbeiterklasse wächst; von Woche zu Woche schwellen die Ziffern der Arbeitslosenstatistik weiter an. Auf den kapitalistischen Gefilden aber tummelt der

Pleitegeier und hält reiche Ernte. Das schweizerische Handelsamtsblatt meldet stets neue Konkurse, ohne daß ein Ende abzusehen wäre.

Unter dem Eindruck der Krisenwirkungen ist die Bourgeoisie ratlos und kopflos geworden. Erst glaubten ihre führenden Wirtschaftspolitiker, die Krise würde nach einigen Monaten vorbei gehen. Man exemplifizierte mit früheren Kriegen und übersah den Charakter des heute noch lange nicht liquidierten Weltkrieges. Nun kennt der Tag den kommenden Morgen nicht. Eine gewisse Karnevalstimmung hat sich der Bourgeoisie — und leider nicht nur ihr — bemächtigt. Es ist die Stimmung des Bruders Lüderian, der keinen Ausweg mehr weiß, die Zeit noch genießen will, solange es geht, sich amüsiert, die Nacht durchlumpt, bis der letzte Rappen draufgegangen ist, um sich dann im fahlen Morgenschein bei leeren Taschen eine Kugel durch den Kopf zu jagen.

Entstehen und Werden dieser auf einem Vulkan herrschenden Stimmung lassen sich sehr gut an den Krisenmaßnahmen der letzten Jahre und Monate verfolgen. Erst kamen die Betriebsstundungen auf kürzere oder längere Frist. Der zahlungsunfähige Schuldner erhielt für die Fälligkeit seiner Verpflichtungen einen Aufschub, den Banken, die schwache fremde Valuten in ihren Portefeuilles hatten, wurde für die Bilanzierung eine Ueberwertung gestattet. Beide Maßnahmen waren getragen von der Hoffnung, daß die Zahlungsschwierigkeiten und die Krise nur vorübergehenden Charakter hätten. Ein bis zwei Jahre, dann würde sich wieder alles einrenken und die kapitalistische Wirtschaft sich konsolidieren lassen.

Dann kam die Arbeitslosigkeit. In verblendeter Gier, den Kapitalprofit zu schützen, hatte es der Staat unterlassen, die Arbeitslosenversicherung zu fördern. Dahinzielende und rechtzeitig eingereichte Anträge von sozialdemokratischer Seite wurden kalt lächelnd abgelehnt. Nun mußte es der Staat mit der Arbeitslosenunterstützung probieren, als auf dem Arbeitsmarkt eine Besserung nicht eintrat. Der Bund verfügte, übernahm einen Teil der Lasten, überband den andern Teil den Kantonen und Gemeinden. Die Arbeitslosigkeit wuchs mehr und mehr. Die Folge dieses Unterstützungssystems ist auf die Dauer der finanzielle Ruin vieler Gemeinden, deren Steuerkraft sinkt, derweil die Ausgaben steigen.

Reichlich spät kam man auf den Gedanken der sogenannten produktiven Arbeitslosenfürsorge. Schwächliche Anfänge setzten ein und blieben selbstverständlich ohne wirksames Resultat. In der letzten Zeit wurde man auf diesem Gebiet etwas großzügiger. Aber rascher als der Umfang der für diese Zwecke bewilligten

Kredite ist die Arbeitslosigkeit gestiegen. So kommt auch diese Hilfe zu spät und wirkt wie der Tropfen auf den heißen Stein.

Die Unterstützungsaktion des Bundes soll sich nunmehr auch auf die Industrie und zwar vorab auf die Exportindustrie ausdehnen, nachdem früher durch die Unterstützung des Wohnungsbaues eigentlich mehr dem Kleingewerbe geholfen werden wollte. Nun soll die Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie durch staatliche Beihilfe wiederhergestellt werden. Es ist denkbar, daß der Staat den Exportindustriellen an jede Produktionseinheit einen solchen Beitrag leistet, daß sie auf dem Weltmarkt das Produkt unter den eigentlichen Gestehungskosten mit Erfolg absetzen können. Nicht denkbar aber ist, daß diese Beihilfe auf die Dauer möglich sei. Einmal weist die schweizerische Exportindustrie einen viel zu großen Umfang auf, als daß die jetzt der Uhrenindustrie gewährte Hilfe auf die ganze übrige Industrie ausgedehnt werden könnte. Zum andern muß der Staat diese Aktion finanzieren können und das wird um so weniger gelingen, je stärker die Defizite des Staatshaushaltes anwachsen. So liegt am Ende auch dieser Hilfsaktion die Auffassung zugrunde, daß die Krise bald einmal aufhören und die Konsolidierung der kapitalistischen Wirtschaft möglich sein werde.

Neben diesen Maßnahmen läuft eine Reihe anderer einher. Preis- und Lohnabbau haben bereits eingesetzt. Aber der Preisabbau beschränkt sich nur auf jene Produkte, die auf dem Weltmarkt gesunken sind oder umfaßt solche Waren, die der Eigentümer losschlagen muß, weil seine Lager überfüllt sind und er flüssige Mittel um jeden Preis benötigt. Wenn aber die Weltmarktpreise sinken, so sinken sie nicht nur in der Schweiz. In dem Maße als die schweizerische Exportindustrie durch den Preisabbau konkurrenzfähiger wird, werden es auch die Konkurrenzindustrien des Auslandes. Im Grunde genommen vermag deshalb auch diese Preisbewegung die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Exportindustrie nicht zu heben. Und bei all diesen Preisveränderungen lebt der Arbeiter so schlecht als wie zuvor. Die Erleichterung auf der einen Seite der Lebenshaltung wird wettgeschlagen durch die Erhöhung der Abgaben und Steuern und durch die Wirkungen der Arbeitslosigkeit.

Noch weniger vermögen Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung die Krise zu beseitigen oder auch nur abzuschwächen. Der Gemeinplatz, daß die Arbeitszeitverlängerung im Augenblick der Krise diese nur noch verschärfen kann, braucht hier nicht begründet zu werden. Was aber den Lohnabbau betrifft, so wird er weit überholt durch das Sinken der Valuta. Wenn auf der ganzen Linie der schweizerischen Exportindustrie der Lohnabbau kräftig durchgeführt worden wäre, er hätte die Wirkungen des

Marksturzes in den letzten Wochen nicht wettgeschlagen. Und wäre dies möglich gewesen, man wäre doch nur auf jenem Punkt geblieben, der sich ergab bei höheren Löhnen und beim höheren Markkurs.

Ueber die Wirkungen der Einfuhrbeschränkungen und des Hochschutzzolles braucht man heute nicht mehr zu theoretisieren. Diese Wirkungen lassen sich aus der Praxis beurteilen. Einfuhrbeschränkungen und Hochschutzzoll sollten angeblich dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit dienen; Tatsache ist, daß die Arbeitslosigkeit heute einen viel größeren Umfang aufweist als im Moment, da noch die früheren Grundsätze der schweizerischen Handelspolitik Geltung hatten.

Vor einer künstlichen Papiergeldvermehrung ist man glücklicherweise zurückgeschreckt. Es gab zwar eifrige Befürworter einer Vermehrung des schweizerischen Notenumlaufes. Diese Leute haben sich offenbar kein Bild über die Ursache des hohen Frankenkurses gemacht. Neben andern Faktoren wird die Valuta eines Landes durch seine Exportverhältnisse bestimmt. Wird aus einer Wirtschaftsgemeinschaft mehr ausgeführt als eingeführt und werden Ausfuhr und Einfuhr — man muß das angesichts des Verhältnisses von Deutschland zur Entente ausdrücklich betonen — bezahlt, so steigt die Valuta des betreffenden Landes, umgekehrt tritt eine Entwertung des Geldes ein. Da der schweizerische Export außerordentlich stark zurückgegangen ist, müßte demzufolge auch der Kurswert des Schweizer Frankens gefallen sein. Das ist nicht der Fall, und zwar deswegen nicht, weil mit dem Rückgang des Exports auch der Import in annähernd gleichen Proportionen sinkt. Die Schweiz lebt in der Hauptsache vom Veredelungsverkehr; finden ihre Produkte im Ausland keinen Absatz, so kann sie keine Waren hereinnehmen, die für den Weltmarkt verarbeitet werden sollen. Aus dieser Tatsache erklärt sich im Wesentlichen der hohe Stand des Schweizer Frankens. Eine künstliche Vermehrung des Notenumlaufes würde den Kurs des Schweizer Frankens senken, im gleichen Maße aber stiegen die Warenpreise, so daß volkswirtschaftlich durch eine solche Operation nichts weiter gewonnen würde, als daß man rechnerisch mit anderen Skalen arbeiten müßte.

So steht die Bourgeoisie vor einer schwarzen Wand. Sie weiß keinen Ausweg, findet keinen Rat, lebt drauf los und hofft vergeblich auf den Jüngling jener römischen Sage, der nach Gewährung eines Jahres tollsten Lebens hoch zu Roß als Opfer in den Abgrund hineinspringt, worauf sich dieser schließt und Rom noch einmal gerettet ist.

Wie steht es aber mit der Arbeiterschaft? Hat sie sich über die wirkliche Lage Rechenschaft gegeben? Ich wage es nicht zu

behaupten, zumal die Notwendigkeiten des praktischen Lebens ihr Zeit und Fähigkeit rauben, sich über das Problem klar zu werden. Hochhaltung der bisherigen Errungenschaften, Kampf gegen die Reaktion des Tages, Erleichterung des Schicksals der Arbeitslosen, das ist jetzt ihre Sorge. Daneben gibt man sich mit der allgemeinen Feststellung zufrieden, daß der Kapitalismus die Krise verschuldet habe, die Ursache also zu beseitigen sei.

Indes, der Kapitalismus ist ein Universelles. Er ist nur international zu beseitigen. Da aber der Entwicklungs- und Reifegrad der kapitalistischen Länder verschieden ist, fehlt vorderhand noch jener wirtschaftliche Ausgleich zwischen den verschiedenen Ländern, der den gemeinsamen, einheitlichen Kampf des internationalen Proletariats schon mit solcher Kraft ermöglichen würde, um die kapitalistische Weltherrschaft aus den Angeln zu heben.

Solange diese Voraussetzung noch nicht besteht, wird man die Verhältnisse eines jeden Landes gesondert zu untersuchen und zu würdigen haben. Nur aus solcher Untersuchung und Würdigung heraus entsteht ein objektives Urteil, das den Weg in die Zukunft weist und der Zukunft schon heute die Wege ebnet. Auch in der Schweiz darf sich deshalb die Arbeiterklasse nicht mit der allgemeinen Formel begnügen, daß der Kapitalismus die Ursache des gegenwärtigen wirtschaftlichen Niederbruchs bilde. Sie muß sich Klarheit zu verschaffen suchen über die spezielle Lage des Landes, um in einer Zeit, da alle andern Gesellschaftsklassen weder ein Zurück noch ein Vorwärts sehen, zu zeigen, wie die Linie der Entwicklung verläuft.

Eine der Ursachen, die zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise der Schweiz geführt haben, ist die gewaltige Kapitalinvestierung während der Kriegsjahre. Die Stillegung der Produktion in den kriegführenden Ländern machte die Schweiz zu einer gesuchten Produktions- und Handelsstätte. Wir erlebten eine richtige Gründerperiode. Neben den neuen Unternehmungen dehnten sich vorhandene Betriebe bedeutend aus. Der reichlich fließende Kapitalprofit wurde in Neugründungen und Erweiterungen verwendet. Um der Kriegsgewinnsteuer zu entgehen, verwendeten die Kapitalisten die erzielten Gewinne zu neuen Fabrikationsanlagen. Bis der Krieg aufhörte und damit die wirtschaftliche Stellung der Schweiz von Grund auf verschoben wurde. Die gewaltige Expansion weniger Jahre industrieller Entwicklung fand sich plötzlich gegenüber einem Nichts. Die Bestellungen fehlten, die Warenlager waren überfüllt, die Einkäufe noch bei hohen Preisen ausgeführt. Auch wenn die industrielle Entwicklung während der Kriegsjahre nicht krankhaft und nervös vor sich gegangen wäre, auch wenn sie sich in normalen

Grenzen gehalten hätte, würde die wirtschaftliche Erschütterung, die der Krieg zurückgelassen hat, dem schweizerischen Wirtschaftsleben so zugesetzt haben, daß die Krise unvermeidlich gewesen wäre. Nun handelt es sich aber um viel gewaltigere Kapitalanlagen, die brach liegen, und jeder Kapitalist, dessen Interesse durch die Krise gefährdet erschien, forderte vom Staat, daß er ihm schützend und helfend zur Seite stehe.

Diese Aufgabe hätte die Kräfte des Staates schon überstiegen, wenn die Entwicklung der Kriegsjahre in der Industrie und im Handel nicht jenen sprunghaften Verlauf genommen hätte, von dem soeben die Rede war. Sie mußte es erst recht, als der Staat durch seine Maßnahmen die Wirtschaft auf einer Basis erhalten wollte, die, selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus besehen, anormal ist und nur kurzzeitig während des Krieges ihre Berechtigung hatte. Wenn normalerweise hunderttausend Betriebe zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens genügen, kann man eine Hilfsaktion nicht auf die Beibehaltung von hundertfünfzig- oder zweihunderttausend Betrieben einstellen. So mußten die angewendeten Maßnahmen von vorneherein scheitern und die Krise eher verschärfen, statt sie zu lindern.

Aber die rasche Vermehrung der Kapitalinvestierungen während des Krieges und der jähe Abfall der Nachfrage nach Schweizerprodukten beim Kriegsschluß erklären keineswegs alle Besonderheiten der schweizerischen Wirtschaftskrise. Sie sind nur e i n bestimmender Faktor, der für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage nicht ausreicht.

Der Krieg hat nicht nur eine politische Verschiebung der Weltmachtverhältnisse gebracht. Er stellte auch die wirtschaftlichen Machtverhältnisse um. Im Osten entstanden neue, selbständige Staaten, die jetzt einer ganz andern wirtschaftlichen Entwicklung fähig sind, als unter der Herrschaft der verendeten Habsburger. Deutschland ist seiner Kolonien entblößt und findet einen verschlossenen Markt, wo ihm früher die Türen offen standen. Die Schweiz ist darum nach dem Kriege ebenso als Absatzgebiet gesucht, wie sie während des Krieges als Produktionsgebiet gesucht war. Dabei ist die Nachfrage nach Luxus- und Qualitätsware infolge der Verallgemeinerung des Massenelends in allen Ländern geringer als vor dem Kriege. Die schweizerische Exportindustrie aber ist in erster Linie auf die Produktion von Qualitäts- und Luxuswaren eingestellt. Diese Waren werden jetzt in weit geringeren Mengen gebraucht als vor dem Kriege und die durch den Krieg wirtschaftlich erschöpften Länder suchen, soweit Nachfrage nach solchen Waren vorhanden ist, sie womöglich selber zu befriedigen. Auch ein Ausgleich der Valuta hilft über diese

Tatsache nicht hinweg, zumal wenn dieser Ausgleich durch die Vermehrung der Umlaufmittel gesucht werden sollte.

Dazu kommt eine weitere Ueberlegung. Die Schweiz besitzt keine Rohstoffquellen. Sie produziert auch nicht ausreichend Lebensmittel, um sich selber zu genügen. Die durch ihre Volkswirtschaft erzeugten Güter finden auf dem nationalen Markt keinen hinreichenden Absatz. Diese an und für sich ungünstigen wirtschaftlichen Grundbedingungen lassen schon erkennen, wie wenig die Abschließung der Schweiz durch hohe Zölle und Einfuhrbeschränkungen hilft. Wer von dieser Politik den Vorteil hat, das ist die Landwirtschaft, die ihren verlorenen Export durch die Abschließung des Landes gegen die fremde Konkurrenz und damit durch höhere Verkaufspreise auf den landwirtschaftlichen Produkten wettschlägt. Die Landwirtschaft ernährt aber nur noch etwas über einen Viertel der Gesamtbevölkerung und alle übrigen Volksschichten werden durch die mit den Hochschutzzöllen verbundene Agrarpolitik geschädigt. Die Grundbedingungen der schweizerischen Volkswirtschaft zwingen deshalb früher oder später dazu, daß die Schweiz den wirtschaftlichen Anschluß an eine größere Wirtschaftsgemeinschaft sucht.

Dieser Gedanke mag vermessen erscheinen, er findet jedoch seine geschichtliche Begründung sowohl in der Gegenwart als in der Vergangenheit. Die Schweiz befindet sich heute wirtschaftlich in einer ähnlichen Lage wie die Kantone vor dem Zusammenbruch der alten Eidgenossenschaft. Wie heute die schweizerische Staatshoheit, so galt damals die kantonale Staatshoheit. Die Kantone waren nicht nur politisch abgeschlossene Staatseinheiten; sie waren zugleich selbständige Wirtschaftsgemeinschaften, mit eigenem Münz- und Zollrecht und eigenem Maß und Gewicht. Die helvetische Revolution macht dieser Herrlichkeit ein Ende und im Sonderbundskriege, dem Abschluß der bürgerlichen Revolution, fielen die Ueberreste jener Schranken, die den wirtschaftlichen Bestand der Schweiz auf die Dauer verunmöglicht hätten.

Man ziehe den Vergleich mit den heutigen Tatsachen und auf erweiterter Grundlage. Die Weltwirtschaft ist so innig verflochten, ein Land so stark vom andern abhängig, daß keines der europäischen Länder aus eigener Kraft sich wirtschaftlich zu erhalten vermag. Die in den letzten Monaten immer mehr erfolgte wirtschaftliche Abschließung ist weiter nichts als ein jämmerlicher Verzweiflungsversuch, der in sich selbst zum Scheitern verdammt ist. Die Maßnahmen aber, die im Innern der Staaten zum Kampf gegen die Krise getroffen werden, sind Palliativmittelchen, die nicht helfen können. Sie haben vielleicht zur Wirkung, daß der Bankerott einzelner Wirtschaftsteile

hinausgeschoben wird, aber dieser Bankerott selbst ist unvermeidlich.

Nun ist es selbstverständlich, daß der Gedanke der Schaffung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht von heute auf morgen verwirklicht werden kann, auch wenn man die feste Ueberzeugung besitzt, daß die objektive Entwicklung seiner Realisierung immer mehr entgegenkommen wird. Das ist aber kein Grund für die Sozialdemokratie, den Gedanken nicht aufzunehmen, ihn nicht in den Vordergrund ihrer Propaganda zu stellen. Die Sozialdemokratie macht seit Jahren für viel weitergehende Ziele Propaganda, deren Erfüllung unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch nicht möglich ist. Was wir heute angesichts der wirtschaftlichen Lage brauchen, das ist ein aus diesen Verhältnissen selbst unmittelbar hervorgehendes Ziel. Haben wir dieses Ziel, läßt sich die Sozialdemokratie nicht übernehmen von der allgemeinen Katzenjammerstimmung, die im Lande herrscht, so werden sich auch für die Praxis des täglichen Kampfes fruchtbare Lehren und Möglichkeiten ergeben. Die Partei wird sich dann bemühen, vorab einmal die Grundbedingungen des wirtschaftlichen Lebens in der Schweiz genauer zu erforschen und dadurch wertvolle Anhaltspunkte für den kommenden wirtschaftlichen Aufbau gewinnen, ohne dabei zu vernachlässigen, was an wirksamer Hilfe zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse oder zur Abwehr von Verschlechterungen in den Existenzbedingungen getan werden kann.

Zur Rätefrage.

Von Tony Sender, Frankfurt a. M.

Die starke revolutionäre Begeisterung, die von der proletarischen Revolution Rußlands in ganz Europa ausgelöst wurde, ließ auch den Enthusiasmus der Arbeiterschaft aller Länder für die Organe, die sich diese Revolution geschaffen, die Sowjets, hohe Wellen schlagen.

Haben nun die Leiter der III. Internationale — die ja identisch sind mit der Leitung des russischen Sowjet-Staates — durch ihr eigenes diktatorisches Verhalten selbst am meisten dazu beigetragen, dem rückhaltlosen Zujubeln zur Moskauer Internationale einen starken Dämpfer aufzusetzen und das kritische Urteil aller denkenden revolutionären Arbeiter zu wecken, so birgt jetzt der „neue Kurs", den die Wirtschaftspolitik Lenins einschlägt, indem sie die Kapitalisten wieder heranruft, eine große Gefahr für den Sozialismus in der ganzen Welt. Rußland war das erste Land der Welt, in dem das Proletariat die Macht